



Bundes- tags- brief

Nr.88 • Die Woche im Bundestag • 28.01.2011



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nationaler Bildungsbericht stellte Deutschland ein ordentliches Zeugnis aus

Die Beharrlichkeit, mit der die Union in den vergangenen Jahren daran gearbeitet hat, die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen, zahlt sich aus: Der Nationale Bildungsbericht 2010, den wir in dieser Woche im Plenum debattiert haben, weist erfreuliche Kennzahlen aus:

Die finanziellen Aufwendungen je Bildungsteilnehmer liegen über dem OECD-Durchschnitt, die Schulabbrecherquote sinkt kontinuierlich und die Studienanfängerquote erreichte im Jahr 2009 mit 43 Prozent einen neuen Rekord. Der Bericht zeigt zugleich auch die Herausforderungen auf, vor denen wir im Bildungsbereich stehen:

Dazu zählen vor allem der vorhergesagte Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen von 9 Mio. im Jahr 2008 auf 7,3 Mio. im Jahr 2025, der insbesondere die westdeutschen Flächenländer treffen wird, sowie die Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich ungünstige Rahmenbedingungen auf den Bildungsvorlauf auswirken.

So wachsen 29 Prozent der Kinder in Deutschland in einer sogenannten „Risikolage“ auf, durch die ihre Bildungschancen beeinträchtigt sein können. In den Stadtstaaten sind es bis zu 40 Prozent.

Ein Indiz für diese Situation ist, dass trotz rückläufiger Schülerzahl die Zahl der Förderschüler sowohl an den Förderschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen mit integrativer Förderung steigt.

Um auch den Kindern ohne unterstützendes Umfeld erfolgreiche Bildungsverläufe zu ermöglichen, hat die christliche-liberale Koalition eine ganz Reihe neuer Instrumente eingesetzt: Dazu gehören im Einzelnen ein verstärkter Ausbau der frühkindlichen Förderung (Offensive „Frühe Chancen“), Bildungsketten mit individueller Begleitung – beginnend in der Schule bis in eine Berufsausbildung hinein – und nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Novellierung des SGB II ein umfassendes Bildungspaket.

Nie wurde mehr Geld für Bildung im Allgemeinen und die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder im Besonderen ausgegeben als unter der christlich-liberalen Koalition.

Ausbau der Erneuerbaren Energien kosteneffizient gestalten

Der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Auch im Jahr 2010 wurden die Erwartungen deutlich übertroffen. Insgesamt sind in Deutschland derzeit Solarstromanlagen mit einer Leistung von etwa 17.000 Megawatt installiert. Statt der Anfang 2010 prognostizierten maximal 5.000 Megawatt wurden im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Megawatt in Betrieb genommen.

So sehr wir den Ausbau der Photovoltaik begrüßen, so sehr müssen wir darauf achten, dass die zugrunde liegende Förderung im Interesse der Stromverbraucher kosteneffizient erfolgt und der jeweiligen Marktentwicklung flexibel angepasst wird. Ein schneller und überhitzter Ausbau der Photovoltaik würde die Kosten deutlich erhöhen, die aus der Umlage der EEG-Vergütungen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Aufgrund des unerwartet hohen Ausbaus der Photovoltaik soll deshalb die zum 1. Januar 2012 vorgesehene weitere Absenkung der Vergütung bereits teilweise zum 1. Juli 2011 erfolgen. Die Absenkung zum 1. Juli 2011 kann damit je nach Marktentwicklung bei einer Zubauprognose von mehr als 7.500 MW bis zu 15 Prozent betragen.

Wegen der längeren Planungszeiten für Freiflächenanlagen soll die Absenkung für diese Anlagen erst zum 1. September 2011 erfolgen. Diese Änderung hat keine Präjudizwirkung für die zum 1. Januar 2012 geplante Novellierung des EEG.

Jahreswirtschaftsbericht 2011: „Deutschland im Aufschwung“

Die deutsche Wirtschaft wächst rasant. Nach dem Rekordwachstum im Jahr 2010 von 3,6% und dem Anstieg der Beschäftigung auf den höchsten Stand seit 1990 wird sich der Aufschwung auch im Jahr 2011 fortsetzen.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2011, den das Bundeskabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, erwartet im Jahresdurchschnitt 2011 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3% und ein weiteres Anwachsen der Beschäftigung auf durchschnittlich 40,8 Mio. Personen, in Spitzenmonaten sogar auf 42 Millionen. Die Basis hierfür bildet neben dem Export inzwischen auch die Binnennachfrage.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2011 macht deutlich, dass die christlich-liberale Koalition gut daran getan hat, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise fortzusetzen und weiter auszubauen. Denn einen nicht geringen Anteil am Aufschwung hatte das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das im vergangenen Jahr eine Entlastung von über 24 Mrd. € brachte.

Für die Wirtschaftspolitik kommt es jetzt darauf an, die Weichen richtig zu stellen, um die Wachstumskräfte in der Binnenwirtschaft langfristig zu stärken und damit den Wohlstand von morgen zu sichern. Hierfür hat die christlich-liberale Koalition mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt sowie für solide Staatsfinanzen, eine moderne Infrastruktur und eine klimafreundliche Energieversorgung steht, die richtige Strategie.

Schrumpfende Mittelschicht ein Mythos?

Nachdem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juni des vergangenen Jahres in einer Untersuchung zur Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland feststellte, dass die Mittelschicht in Deutschland abnehme, gelangt nun eine Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) zu einem gegenteiligen Ergebnis.

Folgt man der letztgenannten Studie, zeigt sich die deutsche Mittelschicht seit dem Jahr 1993 relativ konstant. Die untere Einkommensschicht (Singlehaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 860€) schwankt leicht um einen Wert von 20% der Bevölkerung.

Auch die obere Einkommensschicht (Singlehaushalt mit einem Nettoeinkommen von mehr als 1.844€ im Monat) verzeichnete mit einem 16-19%-Anteil nur leichte Schwankungen. Damit stelle die Mittelschicht mit 60 – 67 % einen auch im internationalen Vergleich hohen Anteil an der Bevölkerung dar. Während des Krisenjahres 2009 sei die deutsche Mittelschicht sogar um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

(Quelle: Roman Herzog Institut)

Zahl der Ehescheidungen rückläufig

Im Jahr 2009 wurden in Deutschland etwa 185.800 Ehen geschieden. Gegenüber dem Jahr 2008 ist dies ein Rückgang von 3,2%. Damit wurden 2009 von 1.000 bestehenden Ehen zehn geschieden – im Jahr 2008 waren es elf Ehen und im Jahr 1992 nur sieben Ehen gewesen. Von 1992 bis 2003 stieg – mit Ausnahme des Jahres 1999 – die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland beständig von 135.000 auf 214.000 an.

Seit 2004 ist die Entwicklung bei den Ehescheidungen rückläufig, nur 2008 gab es eine Steigerung. Bei den im Jahr 2009 geschiedenen Ehen wurde der Scheidungsantrag in der Mehrheit der Fälle von der Frau (53,3%) und in 38,1% vom Mann gestellt. In den übrigen Fällen beantragten beide Ehegatten die Scheidung. Gegenüber 2008 ging die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder auf 145.700 und damit um 3% zurück.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)